

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	23
<i>Erster Teil</i>	
Mitbestimmung beim Leistungslohn	25
§ 1 Mitbestimmung beim Akkordlohn	26
A. Lohntechnische Seite	26
I. Betriebliche Akkordordnung	26
1. Entscheidung über die Einführung von Akkordlohn und das Mengenmaß	26
2. Auswahl von Akkordart, Akkordform und Akkordsystem ..	27
3. Abgrenzung zwischen Nr. 10 und 11 des § 87 Abs. 1 BetrVG ..	28
II. Durchführung des Akkords am Fertigungsplatz	28
1. Festsetzung der einzelnen Vorgabewerte	29
a) Problematik	29
b) Gesetzeswortlaut	30
c) Entstehungsgeschichte	30
d) Systematik und Telos der Mitbestimmung	31
aa) Keine Mitbestimmung im Einzelfall	31
bb) Kein bloßer Vollzug technischer Regeln	32
cc) Vereinbarkeit mit der Arbeitswissenschaft	34
dd) Erfüllung des Sinns der Mitbestimmung	36
e) Ergebnis	39
f) Praktikable Ausgestaltung des Mitbestimmungsver- fahrens	39
g) Streitigkeiten über die Größe des einzelnen Vorgabe- werts	42
2. Ermittlung der Zeiten	44
B. Lohnpolitische Entscheidung über die Lohnhöhe	44
I. Verfassungskonformität einer betrieblichen Mitbestimmung über Fragen der Lohnhöhe	45

II. Beschränkung der Mitbestimmung beim Geldfaktor auf den Gesichtspunkt der Lohngerechtigkeit?	46
1. Fehlen absoluter Lohngerechtigkeit	47
2. Arbeitswissenschaftliche Richtigkeit des Akkordlohns und Funktion des Geldfaktors	47
3. Gesetzgeberische Intention	49
4. Verhältnis zu § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	51
5. Ergebnis	52
III. Beschränkung des persönlichen Geltungsbereichs des § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG auf gewerbliche Arbeiter?	52
 § 2 Mitbestimmung bei Prämienlohn	54
A. Begriff des Prämienlohns	54
B. Beteiligung des Betriebsrats an allen den Prämienlohn betreffenden Entscheidungen	55
I. Einführung von Prämienlohn	55
II. Wahl der Bezugsgröße	57
III. Prämiensystem und -verfahren	58
IV. Prämienleistungsnorm	58
V. Prämienkurve und Festsetzung der Prämiensätze	60
1. Prämienkurve und Arbeitswissenschaft	60
2. Prämiensätze und Lohnpolitik	61
VI. Prämienanfangs- und -endpunkt	62
VII. Verteilungsschlüssel und Dotierungsrahmen	63
VIII. Ergebnis	65
 § 3 Mitbestimmung bei der Provision	66
A. Einführung und System	66
B. Provisionsausgangslohn und Provisionssätze	67
I. Gesetzeswortlaut und Entstehungsgeschichte	67
II. Wertung der Provision als ein mit Akkord und Prämie vergleichbarer Leistungslohn	68
1. Provision als Leistungslohn	68
2. Vergleichbarkeit mit Akkord und Prämie	70
a) Voraussehbare Wechselbeziehung zwischen Erfolg und eingesetzter Arbeitsleistung	70
b) Ähnliche Lohnfindungsmethoden	71

Inhaltsverzeichnis	11
III. Bedeutungslosigkeit eines etwaigen Ausnahmeharakters des § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	73
IV. Ergebnis	73
 § 4 Mitbestimmung bei sonstigen Leistungslöhnen	75
A. Gedinge?	75
B. Bedienungsgeld?	75
C. Erfolgs- bzw. Ergebnisbeteiligung?	76
 Zweiter Teil	
 Mitbestimmung bei Sozialeinrichtungen und Werkswohnungen	78
 § 5 Mitbestimmung bei Sozialeinrichtungen	80
A. Objekt der Mitbestimmung: Sozialeinrichtungen	80
I. Einrichtung	80
1. Begriff	80
2. Verhältnisse bei der betrieblichen Altersversorgung	81
II. Sozialeinrichtungen	84
1. Keine Uneigennützigkeit der Leistungen	84
2. Entgeltcharakter der Leistungen	85
a) Soziale Leistungen im allgemeinen	85
aa) Praktische und wirtschaftliche Einordnung	85
bb) Rechtliche Qualifizierung	87
b) Betriebliche Altersversorgung im besonderen	90
c) Ergebnis	94
B. Mitbestimmte Maßnahmen	94
I. Grundgedanke für die Scheidung der mitbestimmten von der mitbestimmungsfreien Sphäre in § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG ..	94
II. Beurteilung der einzelnen Vorgänge bei Schaffung und Er- haltung von Sozialeinrichtungen	101
1. Mitbestimmungsfreier Bereich	101
a) Errichtung	101
b) Zweckbestimmung	102
c) Begünstigter Personenkreis	102

d) Dotierung	103
e) Bindung des Arbeitgebers bei Mittelherabsetzung und Schließung	104
2. Mitbestimmter Bereich	106
a) Form	106
b) Veräußerung und Verpachtung	107
c) Organisatorische und technische Belange	108
d) Leistungsplan und Preisfestsetzung im Rahmen der Dotierung	109
3. Keine Umgehung der Mitbestimmung	113
4. Zur Durchführung der Mitbestimmung	116
a) Mitbestimmung bei verpachteter Sozialeinrichtung	116
b) Mitbestimmung bei in sonstiger Weise betriebener Sozialeinrichtung	117
aa) Gemeinsame Ausschüsse gemäß § 28 Abs. 3 BetrVG	117
bb) Ausgestaltung im Rahmen von § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG	117
cc) Zuständigkeit der Einigungsstelle	119
 § 6 Mitbestimmung bei Werkmietwohnungen	121
A. Allgemeines	121
B. Objekt der Mitbestimmung: Werkmietwohnungen	122
C. Verhältnis zwischen Nr. 8 und 9 des § 87 Abs. 1 BetrVG	123
D. Mitbestimmte Maßnahmen	124
I. Das Mitbestimmungsrecht bei Zuweisung und Kündigung ..	125
II. Das Mitbestimmungsrecht bei der Mietpreisgestaltung	127
1. Wortlaut des Gesetzes	128
2. Systematik und Teleologie der Mitbestimmung	129

Dritter Teil

Mitbestimmung beim Entgelt gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	134
 § 7 Entgeltbegriff des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	135
A. Einbeziehung aller gemäß § 5 BetrVG erfaßten Arbeitnehmer ..	135
B. Entgeltcharakter aller geldwerten Leistungen des Arbeitgebers	136
I. Sozialleistungen im allgemeinen	136

Inhaltsverzeichnis	13
II. Betriebliche Altersversorgung im besonderen	141
III. Systematisches Verhältnis der einzelnen Gegenstände des Mitbestimmungskatalogs zueinander	142
 § 8 Mitbestimmung im Bereich der Lohnfindung	 144
A. Die Begriffe „Aufstellung“, „Einführung“, „Änderung“ und „Anwendung“ in § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	144
B. Entlohnungsgrundsätze und -methoden	145
I. Ermittlung des Zeitlohns	146
II. Verteilungsschlüssel für sonstige Lohnbestandteile	148
1. Sozialleistungen	148
2. Vermögensbildende Maßnahmen	152
3. Einführung neuer Leistungsarten kein Entlohnungsgrundsatz	154
 § 9 Mitbestimmung bei der lohnpolitischen Entscheidung über die Lohnhöhe	 157
A. Problemstellung	157
B. Klärung des Begriffs der formellen und materiellen Arbeitsbedingungen	158
C. Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs der Lohngestaltung	161
I. Weite des Wortsinns	161
II. Kein grundsätzliches Verbot einer Mitbestimmung bei materiellen Arbeitsbedingungen	162
1. Überblick über die Regelungen anderer Rechtsordnungen	163
2. Historische Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung	166
a) BRG 1920	166
b) AOG 1934	168
c) Betriebsrätegesetze der Länder gemäß KRG Nr. 22 ..	168
d) Entwicklung vom BetrVG 1952 zum BetrVG des Jahres 1972 und Ergebnis	169
3. Grundsätze der Arbeitsverfassung	172
4. Sinnzusammenhang zwischen Betriebsverfassung und Tarifwesen	173
5. Sinn der Mitbestimmung des Betriebsrats: Bändigung des Direktionsrechts des Arbeitgebers?	175
6. Problem des Maßstabs für die lohnpolitische Entscheidung der Einigungsstelle	177
7. Finanzielle Belastung des Arbeitgebers durch die Mitbestimmung	179

8. Einfluß der Mitbestimmung in materiellen Arbeitsbedingungen auf unternehmerisch-wirtschaftliche Entscheidungen	180
9. Gesichtspunkt des Betriebsfriedens	181
10. Zwischenergebnis: Weder eine Rechtsvermutung für noch gegen die Mitbestimmung in materiellen Angelegenheiten	183
III. Konkrete Betrachtung des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	183
1. Entstehungsgeschichte	183
2. Systematik des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	184
3. Sinn und Zweck der Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Lohngestaltung unter Berücksichtigung der Nr. 11 des § 87 Abs. 1 BetrVG	185
4. Ergebnis: Mitbestimmung bei der Lohnhöhe gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	188
D. Schlußfolgerungen und Einzelfragen	188
I. Mitbestimmung bei der Höhe von Sozialleistungen	188
II. Kein Aussetzen des Mitbestimmungsrechts zur vorrangigen Berücksichtigung von Unternehmerinteressen	189
III. Sonderstellung der betrieblichen Altersversorgung	190
Vierter Teil	
Zum Initiativrecht des Betriebsrats und zum Freiwilligkeitsgrundsatz	193
§ 10 Vollständiges Initiativrecht	193
A. Problematik und Meinungsstand	193
B. Stellungnahme	197
I. Begriffsbildung und Systematik des Gesetzes	197
II. Entstehungsgeschichte des Gesetzes	199
III. Verfassungskonforme Auslegung?	200
IV. Teleologische Reduktion unter dem Gesichtspunkt der vom BetrVG respektierten Unternehmerfreiheit?	200
V. Initiativrecht und die Interessen der einzelnen Arbeitnehmer	203
VI. Zusammenfassung und Ergebnis	203
§ 11 Mitbestimmung und Freiwilligkeitsgrundsatz	204

Fünfter Teil

Ermessensbindung der Einigungssprüche in mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten	206
§ 12 Formale Anknüpfung für eine Inhaltskontrolle der Einigungssprüche	206
A. Zulässigkeit und Begründetheit im Mitbestimmungsverfahren ..	206
B. Rechtssystematische Einordnung des § 76 Abs. 5 Satz 3 BetrVG	208
§ 13 Maßstäbe für die Spruchfähigkeit der Einigungsstelle	211
A. Mögliche Zielbeziehungen	211
B. Arbeitnehmerinteressen	211
C. Einbeziehung der unternehmerischen Freiheit in die Belange des Betriebs	212
I. Wahrung der Unternehmerfreiheit durch das BetrVG	212
II. Unternehmerische und betriebliche Entscheidungsebene	214
1. Unterscheidung zwischen Betrieb und Unternehmen	215
a) Ungeeignetheit einer Definition mit Hilfe wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien	215
b) Rückgriff auf die hergebrachte arbeitsrechtliche Be- griffsbildung	216
2. Funktionelle Trennung bei gleichzeitiger Interdependenz der betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungs- ebene	217
III. Beachtung der Unternehmerfreiheit beim Setzen sozialer Da- ten durch die Einigungsstelle	219
1. Eigene unternehmerische Zielsetzungen der Einigungs- stelle als sachfremde Erwägungen	219
2. Verhältnis zwischen Unternehmerfreiheit und sozialem Datenkranz	220
a) Keine mittelbare Erdrosselung der Unternehmerfrei- heit durch soziale Daten	220
b) Ineinandergreifen von Unternehmerentscheidungen und betrieblicher Sphäre	221
aa) Unternehmerische Zielkonzeption, Planung und Aktion als Vorgaben für betriebliche Subsysteme	221
bb) Berücksichtigung von Marktverhältnissen und sozialen Daten im unternehmerischen Wirken	224
cc) Abstimmung von Unternehmerprärogative und Datenabhängigkeit	225
D. Erwägungen in konkreten Konfliktfällen	226
I. Lohntechnische Entscheidungen	227

II. Höhe von Zeit- und Leistungslohn	228
III. Einführung und Umfang von Sozialleistungen	229
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Ausblick	230
Literaturverzeichnis	233